



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr 1/2

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Posen und Westpreukens

Nr. 1/2

Verantwortlich: **Dr. Max Hilbebert Boehm**  
Schriftleitung: **Bromberg, Welstienplatz 1 III**  
Fernruf Nr. 321

14. März 1919

Inhalt: Glossen zum Tage — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Verbreitung der deutschen und polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen — Aus den Deutschen Volksräten: Die Demarkationsfrage und die Protestbewegung — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

### Glossen zum Tage

Arbeiterräte, Bürgerräte, Soldatenräte, Bauernräte, Frauenräte: sie alle geben nur dem Teilwillen von Gruppen und Ständen Ausdruck. Der völkische Gesamtwille des ostmärktischen Deutschtums kommt allein in den Deutschen Volksräten zum Worte.

Das beste Recht der Welt bedarf einer kräftigen Stimme, die es geltend macht. Bleibt der Ostdeutsche in dieser Zeit der weltpolitischen Entscheidungen stumm, dann muß er sich selbst die Mitschuld daran beimessen, wenn die Friedenskonferenz über seine heiligsten Rechte zur Tagesordnung übergeht.

Eine Preisaufgabe für Historiker: Wo in der Weltgeschichte ist einem Volke ein Waffenstillstand zugemutet worden, der ihm die Hände bindet, ohne den Feind zur Einstellung der Feindseligkeiten zu verpflichten? Die Entente hat das Unmögliche möglich gemacht: nur uns, nicht den Polen verbietet sie die Fortführung des Kampfes, den uns Landfriedensbrecher im eigenen Reiche aufgedrängt haben.

Der Pole bricht schamlos den Waffenstillstand, zwingt uns zum Widerstand und zum Protest und funkt im selben Augenblick nach Paris: Haltet den Dieb! Ein teuflischer Trick, der uns in die Rolle des Mannes drängt, von dem der große Bruder an der Seine mit weltmännischer Steptis sagt: Oh, qui s'excuse, s'accuse! Ein sehr durchsichtiger Trick übrigens, freilich nur für den, der sehen — will. Wann wird die Welt sehen wollen?

## Materialien zur ostdeutschen Frage

### Die Verbreitung der deutschen und polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen

Unsere Karte, die Herbert Heyde unter Leitung von Professor Albrecht Bend im Geographischen Institut der Berliner Universität ausgeführt hat, gibt ein wesentlich richtigeres Bild der Verteilung der Deutschen und Polen als die bisherigen, denn sie ist nicht nach Kreisen, sondern nach Gemeinden bearbeitet. Erst dabei ergibt sich, wie bunt die Mischung ist und wie fast unmöglich schwierig es sein würde, eine sogenannte „gerechte“ Grenze zu finden. In den folgenden Erläuterungen lehnen wir uns an die lichtvolle Darstellung an, die Professor Dr. Albrecht Bend in Nr. 67 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gibt.

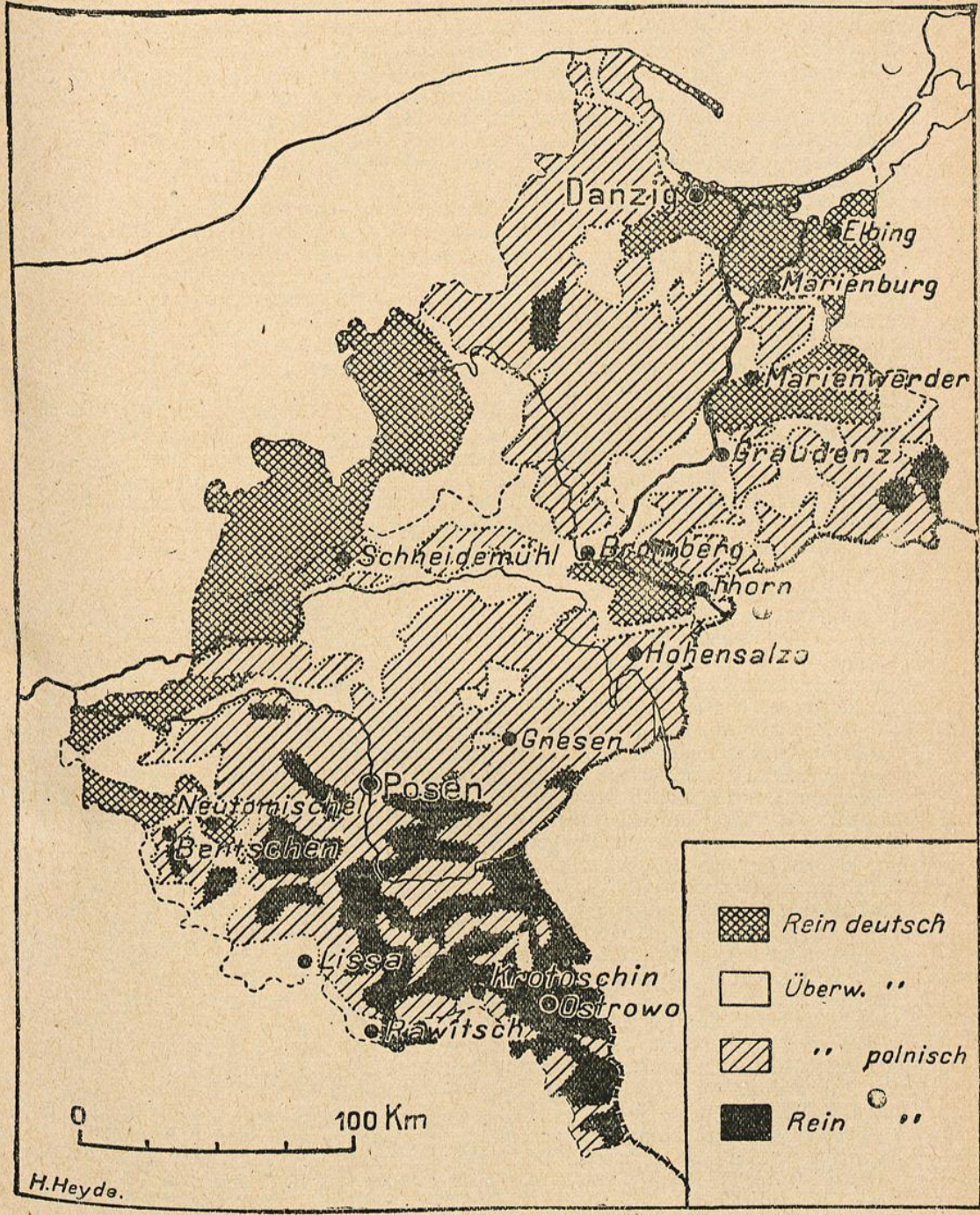
Rein deutsch und rein polnisch heißt: mit weniger als 5 Prozent Beimischung der anderen Nationalität. Da springt zunächst eines in die Augen: das rein polnische Gebiet ist in beiden Provinzen nur wenig mehr als halb so groß wie die rein deutschen Gebiete.

Die rein deutschen Gebiete liegen im Osten und Westen der beiden Provinzen. Das Gebiet um Danzig und Elbing, die ganze stark bevölkerte Weichselniederung ist ebenso rein deutsch, wie die breite Landstrecke südlich von Marienwerder, von der Grenze Ostpreußens bis zur Weichselniederung. Danzig als Stadt im besonderen ist so rein deutsch wie Berlin. Auf diesem Gebiet sitzen auf 3400 Quadratkilometer ungefähr 456000 Deutsche und keine 15000 Polen, also nur etwa 3 Prozent. Im Osten des Regierungsbezirks Bromberg legt sich um den Oberlauf der Weichsel, ehe sie nach Norden umbiegt, eine rein deutsche Sprachinsel zwischen Bromberg und Thorn.

Die rein deutschen Gebiete im Westen der Provinz Posen sind Fortsetzungen der rein deutschen Sprachgebiete des Reiches. Nördlich in Westpreußen das große Gebiet greift bis über Friedland und über Schneidemühl hinaus und geht nach Süden bis an die Neke unterhalb Schneidemühl und bis an die Warthe unterhalb Birnbaums nach der Provinz Posen über. Auch die Westspitze der Provinz Posen ist rein deutsch. Eine Zunge rein deutschen Gebietes erstreckt sich hier von Meseritz bis in die Gegend von Neutomischel. Diese westlichen rein deutschen Sprachgebiete der Provinzen umfassen 5500 Quadratkilometer mit 208000 Deutschen und etwa 7000 Polen, also wieder nur etwa 3 Prozent. Das genannte rein deutsche Sprachgebiet in Westpreußen und Posen mißt 8900 Quadratkilometer und beherbergt 664000 Deutsche. Rein deutsch ist also der fünfte Teil von Fläche und Bewohnerzahl beider Provinzen.

Der Augenschein lehrt, daß die rein polnischen Gebiete nirgends so geschlossen auftreten, wie die rein deutschen. Sie finden sich nur in rein ländlichen Gebieten. Die Städte haben auch in der Provinz Posen wenigstens 10 Prozent, gewöhnlich aber 25 oder mehr Prozent Deutsche. Die schwer abgrenzbaren schwarzen Keile füllen vor allem den Süden der Provinz und greifen nur in einen kleinen Bezirk südlich Krotoschin in den Regierungsbezirk Breslau über. Nördlich Posens und erst recht in Westpreußen werden sie spärlich. Schätzungsweise füllen diese rein polnischen Gebiete 5000 Quadratkilometer mit kaum mehr als 370000 Einwohnern, darunter 13000 Deutsche. Also nach Zahl der Fläche wenig mehr als die Hälfte des rein deutschen Gebiets!

Die völkisch reinen Gebiete sind, wie wir sehen, für beide Nationalitäten überwiegend Randgebiete. Der Kern der Provinzen, der dreiviertel des Bodens umfaßt, ist gemischtsprachig. Wohl haben im Norden die Deutschen, im Süden die Polen die Mehrzahl, eine irgendwie klar trennende Abgrenzung aber ist bei dem starken Zueinandergreifen der Gebiete schlechtweg unmöglich. Am nur eins der vielen Beispiele zu wählen: die polnische Sprachinsel von Bomst ist von einem überwiegend deutschen Gebiete umschlossen.



Überraschend groß und geschlossen erscheint zuerst das überwiegend polnisch gemischtsprachige Gebiet im nordwestlichen Westpreußen, das sich nördlich von Bromberg bis nach Rixhöft an der Däüsee erstreckt. Diese rund 7000 Quadratkilometer, die groß genug sind, um auf den meisten ethnographischen Karten zur Darstellung zu gelangen, verlieren schon durch ihre Bewohnerarmut stark an Bedeutung, nur 237000 Slawen und 102000 Deutsche wohnen auf diesen 7000 Quadratkilometern, wobei wir noch die Frage beiseite lassen, ob die sprachlich fast selbständigen Kassuben, die den größeren Teil des Gebietes bewohnen, denn nun wirklich zu den Polen gehören. Ein Niegel aus überwiegend deutscher Bevölkerung schnürt zudem zwischen Neustadt und Rheda den Landzugang dieser Sprachinsel zum Meere fast ganz ab.

Ist es so mit der polnisch-slawischen Landbrücke zum Meere schon nichts, so ist es vielleicht das wichtigste Ergebnis unserer Karte, daß sich die polnische Brücke längs der Weichsel zum Meere als eine reine Konstruktion erweist. — Nur durch die Berechnung nach Kreisen und zwar nach Landkreisen möglich! Sobald man z. B. Land- und Stadtkreis Thorn — wie billig — zusammenrechnet, verwandelt sich die knappe polnische Landkreismehrheit von 53 Prozent in eine Minderheit von 44 Prozent und auch der Kreis Schwetz hat seine Mehrheit von ohnehin nur 1 Prozent nur durch die westlichen Hinterländer der Tuchler Heide. Ähnlich steht es im Kreise Culm.

Das Gegenteil ist richtig, wie unsere Karte zeigt. Es geht an der Weichsel entlang zwar keine polnische, wohl aber eine deutsche Brücke, die auf festen Pfeilern ruht und den Deutschen als Talbewohner und Stromanwohner zeigt. Von Thorn nach Bromberg geht sie durch rein deutsches Gebiet, bis über Graudenz hinaus durch überwiegend deutsches Land, bis westlich Marienwerder wieder durch rein deutsche Strecken, um weiter nördlich nach einer kurzen Unterbrechung durch nur zwei überwiegend polnische Dörfer wieder in das rein deutsche Land, um das Weichseldelta, um Danzig und Elbing zu münden.

Und wenn dann schon von Land- und Sprachbrücken geredet werden soll, so verbindet eine ganz ununterbrochene deutsche Brücke, wie unsere Karte zeigt, über die Weichsel weg Berlin und Königsberg. Auch sie ist im wesentlichen eine Tieflandbrücke. Sie verläuft entlang der Warthe und Neze über Schneidemühl nach Bromberg, begleitet ein Stück die Weichsel bis Graudenz und mündet im Marienwerder Gebiet ins Ostpreußische.

Nur dadurch, daß fast überall in Westpreußen die Deutschen wesentlich dichter wohnen als die Polen, erscheint das von Polen und Kassuben besetzte westpreußische Gebiet so verhältnismäßig groß. Das Prozentverhältnis ist 55 Prozent Deutsche und 45 Prozent Polen. Rechnet man noch den Regierungsbezirk Bromberg nördlich der Neze hinzu, so ergeben sich auf 31800 Quadratkilometer 1383000 Deutsche und nur 714000 Polen. Also 66 Prozent Deutschen stehen nur 34 Prozent Polen gegenüber.

Zu diesen statistischen Festlegungen über Zahl und Raum passen ein paar Angaben über zeitliche Bevölkerungsveränderungen. In der Provinz Posen steigt die Anzahl der Polen bis 1900. Von da ab werden sie langsam durch die Deutschen zurückgeworfen, ihr Prozentsatz vermindert sich bis 1910 um 0,39. — In Westpreußen ist ein Hin- und Herschwanzen zu beobachten. Von 1890 bis 1900 sinkt der Prozentsatz Polen um 2,24. Von 1900 bis 1905 steigt er wieder um 2,41, fällt dann aber bis 1910 wieder um 2,29. Der prozentuale Anteil der Polen ist 1910 um über 2 Prozent geringer als 1890. — Für Ostpreußen sinkt die Anzahl der Polen von Zeitraum zu Zeitraum. 1910 ist ihr Prozentsatz gegen 1890 weit unter die Hälfte zurückgegangen. — Rechnet man noch Schlesien hinzu, wo die Zeit von 1905 bis 1910 für die Polen einen Rückgang von mehr als 1 Prozent aufweist und nimmt man die Quersummen der vier östlichen Provinzen, so ergibt sich, daß die Polen bis 1900 in ihrem prozentualen Anteil gesunken sind, sich dann bis 1905 ungefähr auf gleicher Höhe gehalten haben, dann aber bis 1910 etwa über 1 Prozent verloren haben. Zwischen 1890 und 1910 hat sich der prozentuale Anteil der Polen um 1,3 Prozent verringert.

Also weder Zeit noch Raum noch Zahl begründen irgendwie zwingend polnische Ansprüche auf deutsches Land. Daß Polen zum Meer will, ist begreiflich und daß die Weichsellande ehemals einmal unter polnischer Oberhoheit gestanden haben, bestreitet keiner. Haben diese doch recht ausgedehnten Zeiten sie zu polonisieren vermocht? Nein, die Weichsellande haben in diesen Zeiten auf Grund höherer Kultur und besserer ethischer Fähigkeiten — Fleiß und Ausdauer — ihren alten deutschen Charakter gut bewahrt. Und heute hat die große Sprachinsel Ost- und Westpreußens, die, wie wir sehen, in den Niederungsgegenden weit über Danzig hinausreicht, zehnmal soviel deutsche Bewohner, als das ohnehin nur gemischtsprachige polnisch-kassubische Land zwischen Bromberg und Rixhöft auf den sandigen Höhen Westpreußens, das nirgends Anschluß an andere polnische Gebiete hat, sondern deutlich von der deutschen Südwest-Nordost-Brücke abgetrennt wird — Gewiß, was für Böhmen die Elbe schon war, muß und kann für Polen die Weichsel werden. Ein Ausfuhrweg, den Zollschranken nicht erschweren. Damit ist aber auch alles nötige und alles billige zugestanden.

Im Regierungsbezirk Posen nun stehen die Deutschen zu den Polen wie 7 zu 15. Aber nirgends sitzt in größerer Ausdehnung das polnische Element rein beieinander. Und das starke deutsche Bürgertum der Städte schlingt überall kaum lösbare, nur zerreißbare wirtschaftliche Bande mit dem übrigen Preußen.

Damit kommen wir vom schon für den Polen nicht erweisbaren Recht der reinen Zahl zum Recht, das Wirtschaft und Kultur gibt. Und da bringt die Arbeit von Dr. Moritz Weiß „Die Stellung des Deutschtums in Posen und Westpreußen,“ auf welche die Mitteilungen noch zurückkommen (W. Greve, Berlin), den sehr klaren Nachweis, daß die beiden Lande von jeher ganz deutsch kultiviert waren. Beginnend mit der Kolonistenarbeit im 13. Jahrhundert war der Deutsche hier der Kulturbringer und zwar nicht nur als Städtegründer, sondern auch als Bauer, dem doppelt soviel Land zugewiesen wurde, weil er doppelt soviel zu bearbeiten verstand. Wie sich das im Auf und Ab der Zeiten allmählich entwickelt und gesteigert hat, dafür sprechen am besten die kurz zusammenfassenden Schlüsse der Schrift von Weiß, von denen wir die zweite Hälfte wiedergeben:

„Der Grundbesitz, auch der Privatbesitz, ist überwiegend deutsch. — Das deutsche Bauerntum besitzt in Posen mehr Land als das polnische. — Das Deutschtum ist im Grundbesitz in Posen stärker als das Polentum in Ostgalizien. — Die Städte sind überwiegend deutsch, auch ohne Militär und Beamtentum. — Der Grundbesitz in ihnen ist überwiegend deutsch. Handel und Verkehr ist überwiegend deutsch. — Gewerbe und Industrie sind, namentlich in den wirtschaftlich wichtigen Betrieben, überwiegend deutsch. — Die Deutschen zahlen unverhältnismäßig mehr Steuern als die Polen. — Die Deutschen haben die kulturelle Ueberlegenheit. — Posen als landwirtschaftliches Überschußgebiet findet wirtschaftlich und verkehrspolitisch seine natürliche Ergänzung in dem industriellen Mittel- und Westdeutschland. Die Zugehörigkeit Posens zu Preußen hat der Provinz jährlich „Zehnte von Millionen“ eingebracht.

Die Verbindung mit Polen bedeutet für die Provinz eine wirtschaftliche Katastrophe.

## Aus den Deutschen Volksräten

### Die Demarkationsfrage und die Protestbewegung

Die ostmärkische Frage in der Rede des Staatssekretär des Außern Grafen Brockdorff-Rangau in der Nationalversammlung am 14. Februar 1919: „... Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher

Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit er-

Näht, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reiches mit dem polnischen Staate verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den dreizehnten Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden; bis sie entschieden, gehören diese Gebiete zum Reich. (Zustimmung.) Niemand ist befugt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preußische Staat und die Reichsregierung. (Zustimmung.) Die leidenschaftliche nationalpolnische Propaganda hat die Entscheidung der Friedenskonferenz nicht abwarten wollen, sondern sich mit Gewalt gegen deutsche und preußische Behörden erhoben, um mit möglichst günstigem Besitzstand in die Friedensverhandlungen einzutreten. So tragen sie die Schrecknisse des Krieges von neuem in den deutschen Osten, der gleichzeitig von der größeren Gefahr des bolschewistischen Imperialismus bedroht ist. So verhindern sie uns, die preußischen Ostprovinzen wirksam vor dem gemeinsamen Gegner zu schützen. Diese Tatsachen müßten ausreichen, um jedem Politiker klar zu machen, daß es die erste Aufgabe ist, die preußischen Polen zur Ordnung zu rufen, damit sie bis zur Friedenskonferenz von angemessener Gewalt Abstand nehmen. Sie können sich nicht mehr auf Nothwehr berufen, denn die neue deutsche Regierung hat die drückenden Sondergesetze aufgehoben und war bereit, Polen auch in der Beamtenauswahl entgegenzukommen. Trotzdem stellen die Polen uns als Angreifer dar, und die Entente unternimmt es, uns Anwendung von Gewalt gegen die Polen in unserem eigenen Land zu untersagen. Die Reichsregierung hat diese Zumutung abgelehnt und die Entfernung aller bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet gefordert. (Beifall.)

Für jede andere Form der Einwirkung, mit der die alliierten und assoziierten Mächte Ruhe in den polnischen Gebieten herstellen wollen, wird die deutsche Regierung volles Verständnis haben. Wir sind durch das Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, Abordnungen unserer Gegner zu diesem Zweck Durchzug von der Ostsee nach Kongreßpolen zu gestatten, und werden die Reise der Kommission, die sie uns angekündigt haben,

in jeder Weise erleichtern und unterstützen. Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Saßatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staat einen bequemen Nachbar haben werden. (Sehr richtig!) Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Pflege der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen *modus vivendi* zu finden.

Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechts auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichselschifffahrt und durch Konzessionen auf dem Gebiet der Eisenbahnen und des Hafenwesens gelöst werden, ohne daß die Reichseinheit über unveräußerliches westpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht.

Wenn Polen verlangt, daß diese Rechte wie überhaupt seine staatliche Selbständigkeit unter internationale Garantien gestellt werden, so wird Deutschland nichts dagegen einzuwenden haben, solange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbar enthalten ist."

**Zusatzabkommen zum Waffenstillstandsvertrage.** In den Vorschlägen zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes, die Marschall Foch dem Reichsminister Erzberger am 14. Februar übergeben hat, lautet der auf die Polenfrage bezügliche erste Punkt:

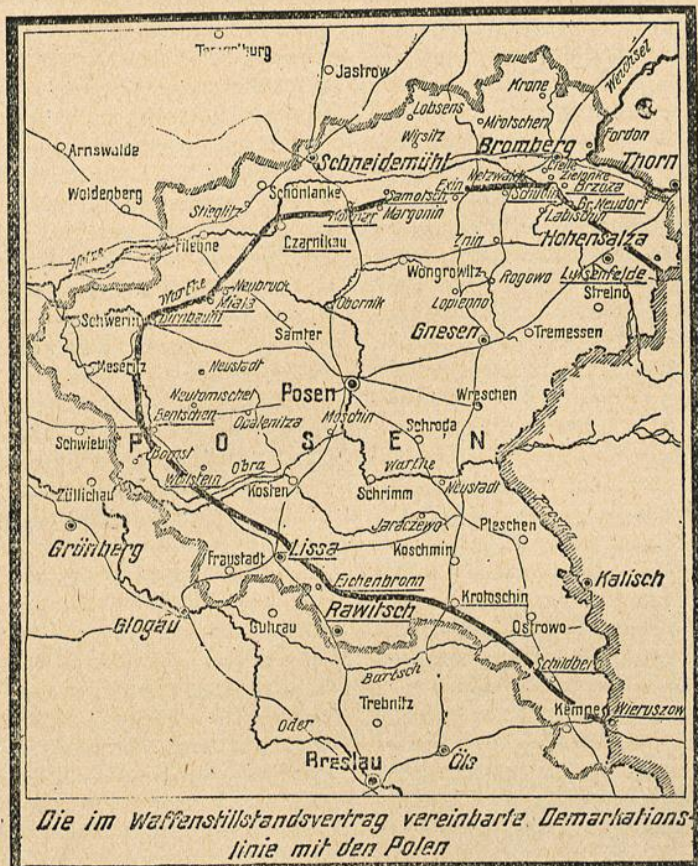
Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Polen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck wird ihnen unterlagt, folgende Linien durch ihre Truppen überschreiten zu lassen:

Gegen Süden die Linie der ehemaligen Grenze Ost- und Westpreußens gegen Rußland bis zur Weichsel, dann westlich der Weichsel die Linie, die über Podgorz (südlich von Thorn), Brzoze, Schubin, Gryn, Lipin, Samotchin, Chodziesen (Kolmar), Czarnikau, Miala und Birnbaum läuft. Gegen Osten die Linie Dentschen, Wollstein, Priment, Lissa, Wojanowo, Rawitsch, Trachenberg, Werndorf,

Groß-Briese und Droschkau; von Droschkau an die Linie, die über Kolbau, Dombrowka und Kupp läuft und die Oder beim Zusammenfluß der Malapane erreicht und von diesem Zusammenfluß an die grüne Linie auf beigefügter Karte.

Auf Grund einer Aussprache, die im Auftrage des Reichsministers Erzberger und Marschalls Foch zwischen Generalmajor von

westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Bentischen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, südlich Krotoschin, westlich Adelnau, westlich Schildberg und nördlich Bieruchow (Eichenbronn) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost (anscheinend Telegrammverstümmelung, soll wahrscheinlich Ost- und Westpreußen heißen) und Oberschlesien wie heute in unserer Hand. Die Regierung in



Die im Waffenstillstandsvertrag vereinbarte Demarkationslinie mit den Polen

Hammerstein und Generalstabschef Beyhagand stattfand, erhielt der Artikel 1 folgende endgültige Fassung: Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen nach der Lagentarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar: Von der russischen Grenze bei Luisenfelde auf einer Linie, die über westlich Luisenfelde, westlich Groß-Neudorf, südlich Brzozo, nördlich Schubin, nördlich Eryn, südlich Samotschin, südlich Chodziesen (Kolmar), nördlich Czarnitkau,

dem so umschriebenen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von der internationalen Kommission in Warschau, welche wahrscheinlich Vertreter nach Spaa entsenden dürfte, garantiert.

**Einspruch der deutschen Reichsregierung.**

Eine vom Reichsminister Scheidemann unterzeichnete Mitteilung der Reichsregierung an den Reichsminister Erzberger, Waffenstillstandskommission in Trier (vom 16. Februar) behandelt die Polenfrage wie folgt:

Bitte Abkommen unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch folgende schriftliche Erklärung übergeben:

Die deutsche Regierung ist sich der Schwere der Folgen bewußt, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen müßte. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterzeichnen, so geschah dies in der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen jetzt ernstlich bestrebt sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Bemerkungen klarzustellen:

1. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in geordneten Formen hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form scharfer Befehle und Verbote zugunsten der aufständischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Birnbaum und Bentzen, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal die Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollen, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhaltung jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie den bisherigen Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrechterhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffshandlung in Posen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß auch die aufständischen Polen die Demarkationslinien einhalten, anderenfalls müssen wir befugt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen. . . .

**Erzbergers Erklärung.** In der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Februar äußerte sich Reichsminister Erzberger über die Demarkationsfrage wie folgt:

„Gleichzeitig ließ Marschall Foch uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mir mitgeteilten Abmachungen zu ändern oder sie zu verbreitern, denn die Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen, und sein Dolmetscheroffizier teilte ausdrücklich mit, daß auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe. Dadurch war dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen, trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von Milderungen durchzusetzen. Von einer Ausnahme abgesehen, die sich auf eine anderweitige Abgrenzung gegenüber Polen bezieht, ist uns dies zu unserm lebhaften Bedauern nicht gelungen. Nach den mir am Freitagnachmittag überreichten Bedingungen und nach der Karte, die ich auf den Tisch des Hauses niederlege, sollte das von uns zu räumende resp. nicht zu überschreitende Gebiet im Süden, die Oder entlanggehend, ganz Oberschlesien umfassen. Ich habe sofort erklärt, daß auf der Grundlage dieser Vorschläge von den deutschen Unterhändlern nicht verhandelt werden könne, denn alle diese Gebiete seien nicht, wie Marschall Foch irrtümlich annehme, von den Polen besetzt. Es fand eine Aussprache der beiderseitigen militärischen Sachverständigen statt, die dazu geführt hat, daß sowohl der Regedistrikt bei Bromberg nicht in das Gebiet einbezogen wird, als auch Oberschlesien aus dem Gebiete ausgeschaltet bleibt. Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen. Die Forderung, daß die deutsche Stadt Birnbaum nicht von uns geräumt werden müsse, wurde abgelehnt, ebenso bezüglich Bentzens. Wir haben nur das eine erreicht, daß der Bahnhof Bentzen von unseren Truppen nicht geräumt werden muß. Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich strikte an die verabredete Linie halten sollen. Die Bemühungen, zum Schutze der Deutschen in allen diesen Gebieten Bestimmungen in den Waffenstillstandsvertrag aufzunehmen, waren erfolglos. Foch hat nur in Aussicht gestellt,

daß er sich bemühen werde, für eine Lösung der Frage in unserm Sinne in der interalliierten Kommission einzutreten. Er erklärte positiv, daß das ganze Abkommen in seinem ersten Artikel eine rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Folgewirkungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung dieser Gebiete in keiner Weise der Erledigung des dreizehnten Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden solle. Es bleibt den künftigen Verhandlungen überlassen, daß den von uns geräumten Gebieten ein genügender Schutz geleistet wird. Wichtig ist, daß nach den Versicherungen der Alliierten auch die Polen jede militärische Offensivbewegung gegen Deutschland einzustellen haben.“

### Die Protestbewegung

Namens der in den Deutschen Volksräten der Provinz Posen zusammengeschlossenen 800 000 Deutschen ging am 20. Februar folgende Drahtung an die Nationalversammlung, an den Reichskanzler und an die Waffenstillstandskommission:

In voller Würdigung der großen Schwierigkeiten, unter denen die Waffenstillstandskommission die Gesamtinteressen des deutschen Volkes und in ihrem Rahmen auch unsere ostmärktischen Lebensnotwendigkeiten zu verteidigen hat und in Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit dieser Kommission erheben wir gegen die Vergewaltigung der ostmärktischen Deutschen durch die Entente flammenden Protest. Die wirtschaftliche und kulturelle Struktur des im Kern deutschen Landes wird durch eine äußerliche, von polnischer Seite vielfach tendenziös mißbrauchte Nationalitätenstatistik nicht wirklichkeitsgetreu erfasst. Der gesamte kulturelle Bestand des seinerzeit in völliger Verwahrlosung dem zerfallenden Polenstaate entglittenen Landes verdankt deutschem Fleiß und Erfindungsgeist sein Dasein. Da im demokratischen Deutschland den Polen weitherzige Gewährung kultureller und nationaler Autonomie sicher ist, liegt kein Anlaß zu Gebietsabtrennungen vor, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes, vor allem auf dem Gebiete des Ernährungswesens, bedrohen und deshalb den Keim zu neuen europäischen Verwicklungen und Friedensstörungen legen

müssen, an denen von der Entente allein Frankreich ein egoistisches Interesse hat. Die den ausdrücklichen Kundgebungen Wilsons und der Entente zuwiderlaufende Präjudizierung der Friedensverhandlungen und damit das erschütternde Ergebnis der letzten Waffenstillstandsverhandlungen wurden den Polen durch einen militärischen Landfriedensbruch möglich, der die unentrinnbare Folge der Unterlassungssünden unserer Regierung in den Monaten November und Dezember gewesen ist. Eine weitere Erschwerung der Stellung unserer Delegation bei den endgültigen Friedensverhandlungen ist nur durch Verhinderung weiterer militärischer wie auch verwaltungstechnischer Übergriffe und Präjudizierungen der Polen abzuwehren. Erste Voraussetzung ist die durchgreifende Abwehr aller Banden, die unter polnischer Flagge vielfach rein bolschewistische Tendenzen verbergen, durch gut disziplinierte Truppen. Ferner ist eine unabweißliche Forderung die Wiederherstellung der Verwaltungseinheit der Provinz Posen bis zum endgültigen Spruche des Friedenskongresses und die einstweilige Belassung der zentralen Funktionen für die ganze Provinz bei den Bromberger Behörden. Damit ist ein Verzicht des Obersten polnischen Volksrates auf seine angemachten Hoheitsrechte gefordert. Gelingt es nicht, das schwer erschütterte Ansehen der rechtmäßigen Regierungsgewalt in der Ostmark unverzüglich wiederherzustellen, so ist damit eine Einbuße an Reichstreudigkeit und Zukunftsglauben auch bei drei Millionen Deutschen der Ostmark mit Sicherheit zu erwarten. Für die politischen Folgen solchen nationalen Zusammenbruches lehnen wir die Verantwortung feierlich ab, da wir die verfehlte Politik des Ministerialdirektors von Gerlach und der von ihm informierten Berliner Stellen unter Voraussicht der inzwischen eingetretenen Folgen durch Warnungen und Proteste von Anfang an auf das entschiedenste bekämpft haben. gez. Kleinow.

Die Waffenstillstandskommission in Spa hat auf das namens der in den Deutschen Volksräten der Provinz Posen zusammengeschlossenen 800 000 Deutschen abgegangene Protesttelegramm an Geheimrat Georg Kleinow in Bromberg folgende Antwort ge-

sandt: „Bestätigen das Telegramm vom 20. Die Festlegung einer Demarkationslinie ist nur eine provisorische Maßnahme und keine Präjudizierung der Friedensverhandlungen. Diesseits wird auf der Grundlage der Wilsonschen Programmpunkte alles geschehen, um die Abtrennung deutscher Gebietsteile vom Reich zu vermeiden. Für Abwehrmaßnahmen ist die Reichsleitung zuständig. Eine Abschrift Ihres Telegramms ist dorthin gegeben.“

Am 19. Februar drahtete der **Deutsche Volksrat für Bromberg Stadt und Land** an die Nationalversammlung in Weimar, die Waffenstillstandskommission in Spaa und und an den Ministerpräsidenten Scheidemann in Weimar: „Trotzdem Bromberg und der Nekegisdistrikt durch die in den Waffenstillstandsbedingungen vorgezeichnete Demarkationslinie selber nicht vom Mutterlande abgetrennt werden, erhebt die hiesige deutsche Bevölkerung dennoch einmütigen entrüsteten Einspruch gegen den Versuch, die wirtschaftliche und kulturelle Einheit der Provinz Posen durch eine Linie zu zerreißen, die auf dem zufälligen Stand der gegenwärtigen militärischen Operationen beruht. Das Bromberger Deutschtum erklärt sich mit den nationalen Interessen der vom Mutterlande abgegliederten ostmärktischen Brüder solidarisch und stellt für die Friedensverhandlungen als Richtschnur den Grundsatz auf: *Up ewig ungedeelt.*“  
gez. Hille.

Der **Volksrat für Bromberg** erhielt am 21. Februar folgendes Telegramm:

Weimar Schloß, 21. Februar. Die wirtschaftliche und kulturelle Einheit der Provinz Posen soll durch die Demarkationslinie, wie Marschall Foch zugesagt, nicht zerrissen werden. Demarkationslinie festgelegt in Besprechung des Generals von Hammerstein mit französischem Generalstabschef. Demarkationslinie präjudiziert in keiner Weise Friedensverhandlungen. Reichsminister Erzberger.

Am 16. Februar wurde aus **Bromberg** folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert und die Minister Scheidemann, Noske, Graf Brockdorff nach Weimar, an die Nationalversammlung Weimar und an den Minister Erzberger gesandt:

„In Aussicht stehende Waffenstillstandsbedingungen über Demarkationslinie in der Provinz Posen erregen schwerste Beunruhigung und Sorge und würden für deutschen Osten und Deutsches Reich verhängnisvoll werden. Namens ganzer Bevölkerung protestieren wir nachdrücklich und bitten eindringlichst, diese Forderung abzulehnen.“

b. Bülow, Regierungspräsident, zugleich als stellvertretender Oberpräsident. Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates für den Regierungsbezirk Bromberg.

Stoeßel. Langrod.

Halle, Eisenbahnpräsident.

Mizlaff, Oberbürgermeister.

**Auf das Bromberger Protesttelegramm** vom 16. Februar an Minister Erzberger nach Trier ist an Oberbürgermeister Mizlaff folgende Antwort eingegangen:

Telegramm erhalten. Sogenannte Demarkationslinie präjudiziert in keiner Weise Friedensvertrag, sie ist lediglich militärische Angelegenheit; vom Wilsonprogramm wird beim Frieden in keiner Weise abgewichen werden. Schutz des Deutschtums wird erwirkt durch deutsche Regierung bei interalliiertem Kommission Warschau, die den General Dupont als Verbindungsoffizier in Berlin hat. Reichsminister Erzberger.

Beim **Magistrat der Stadt Bromberg** ist am 18. Februar folgendes Telegramm eingegangen:

Bromberg und Nekegisdistrikt durch soeben abgeschlossenes Waffenstillstandsabkommen vor Einfall polnischer Banden gesichert.

Erzberger.

In der **Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats Bromberg** am 18. Februar 1919 wurde folgende von Dr. Hille eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen und den maßgebenden Stellen drahtlich übermittelt:

„Das am 15. Februar 1919 abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen setzt für die Provinz Posen eine Demarkationslinie fest, die Jahrhunderte lange kulturelle und wirtschaftliche deutsche Arbeit zunichte macht und dem Bevölkerungsstandpunkt nicht richtig Rechnung trägt. Es muß mit aller Bestimmtheit festgehalten werden, daß die Deutschen ver-

teidigend nur ihr Recht wahren. Sie sind die Angefallenen und erklären, ihren geschichtlichen Anspruch auf die Provinz so nicht von einer ausländischen Macht regeln lassen zu können. Sie sehen in dem gewaltsamen, rückhaltlosen Vorgehen der Polen ein durch nichts begründetes Vorgehen der Friedensverhandlungen. Nun sollen allein die Deutschen die Waffenhandlungen gegen Landfriedensbruch einstellen. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bromberg erhebt dagegen den allerschärfsten Einspruch. Er weist warnend darauf hin, daß unter anderem Kujawien, die Storn- und Zuckerammer der Provinz und Preußens' in polnischen Händen ist; insonderheit ist aber Brombergs ganze wirtschaftliche Lage durch dieses Abkommen aufs höchste gefährdet."

Der **Kreistag des Landkreises Bromberg** hat folgendes Telegramm an den Staatssekretär des Auswärtigen gerichtet: Staatssekretär Graf Brockdorff-Mantzau, Weimar. Der heute versammelte Kreistag des Landkreises Bromberg hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Wir wollen bei Deutschland bleiben, zu dem wir nicht nur mit drei Fünfteln unserer Nationalität, sondern auch nach Sitte und Kultur gehören. Euer Exzellenz bitten wir, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß wir nicht gegen den Wunsch der Mehrzahl unserer Bevölkerung und somit auch entgegen den Wilsonschen Grundsätzen an Polen abgetreten werden. Gleichzeitig bitten wir um alsbaldige energische Abwehrmaßnahmen, damit den uns täglich mehr bedrohenden polnischen Eroberungsgelüsten Halt geboten wird.

gez. Hausleutner, Landrat.

Auf das Telegramm des **Kreistages des Landkreises Bromberg** ist folgendes **Anwort-telegramm** eingegangen: Dem Kreistage des Landkreises Bromberg danke ich für den Beschluß, mit dem er einstimmig seinen Willen zur dauernden Zugehörigkeit zum Deutschen Reich bekundet hat; ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, um die berechtigten Ansprüche der schwer bedrängten Deutschen im Osten auf der Friedenskonferenz zur Geltung zu bringen. Graf Brockdorff-Mantzau.

In der **Bromberger Stadtverordnetenversammlung** am 20. Februar wurde be-

schlossen, in folgendem Telegramm an die Nationalversammlung, den Reichspräsidenten Ebert, den Ministerpräsidenten Scheidemann sowie die Reichsminister Erzberger und Graf Brockdorff gegen den Waffenstillstandsvertrag Einspruch zu erheben:

Gegen den Waffenstillstandsvertrag mit der Entente erheben wir allernachdrücklichsten Einspruch. Der Bestand des Reichs im Osten und die Sicherheit des Reiches sind auf das schwerste gefährdet, wenn die jetzt den Polen überlassenen Gebiete, die durch deutsche Kultur zu blühender Entwicklung gebracht und als wirtschaftliches Hinterland für die angrenzenden Gebiete und für die allgemeine Ernährung des deutschen Volkes von größter Bedeutung sind, dauernd verloren gegeben werden. Auch wenn die gegenwärtigen Abmachungen nur provisorisch bis zum Friedensschluß gelten, bringt die Festsetzung der Demarkationslinie die größte Gefahr mit sich, daß das Posener Land in der Zwischenzeit gründlichster Polonisierung anheimfällt. Wir müssen daher durchaus die Forderung aussprechen, daß alles daran gesetzt wird, daß dieser Zustand wieder beseitigt wird und das bisher deutsche Gebiet unversehrt beim Reiche bleibt.

Für den Magistrat:

Wizlaff, Oberbürgermeister.

Für die Stadtverordnetenversammlung:  
Justizrat Köppen, Stadtverordnetenvorsteher.

Die Ortsgruppe **Bromberg der Deutschen Volkspartei** telegraphierte am 20. Februar an die Nationalversammlung:

Die in den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzte Demarkationslinie zerreißt blühende Kultur, wirtschaftlichen Hochstand, begründetes geschichtliches Anrecht der Deutschen in der Ostmark. Auch wird der Bevölkerungsstandpunkt nicht berücksichtigt; wohl aber sind anmaßende Übergriffe polnischen Landfriedensbruchs belohnt. Die übriggebliebenen kläglichen deutschen Randsezen sind wirtschaftlich so lebensunmöglich, daß es nur ein entrüstetes Nein geben kann.

Die Deutsche Volkspartei Ortsgruppe Bromberg erhebt mit 9000 Wählern gegen diese schmachvolle Festsetzung flammend Einspruch und behauptet ihren alten Standpunkt, die ganze Provinz für das Reich zu fordern.

Am 19. Februar richtete der Deutsche Volksrat Gordon und Umgegend an die Nationalversammlung, den Ministerpräsidenten Scheidemann und die deutsche Waffenstillstandskommission folgendes Protest-Telegramm:

Die deutschen Volksräte der Stadt Gordon (Weichsel) und der benachbarten 12 Landgemeinden erheben flammenden Einspruch gegen die allem nationalen Ehrgefühl hohnsprechenden und den Beschlüssen der Friedenskonferenz vorgehenden neuen Waffenstillstandsbedingungen. Sie erwarten auf das bestimmteste, daß dem natürlichen Rechte, aufrührerische Landeseinwohner in ihre Schranken zurückweisen und sie nötigenfalls gewaltsam zur Ruhe zwingen zu dürfen, Geltung verschafft werde.

Glander. Diestellamp. Fritz.

Der Deutsche Volksrat Nakel sandte an die Nationalversammlung, Reichsregierung und Waffenstillstandskommission folgende Drahtung:

Die deutsche Bevölkerung Nakels hat durch die Annahme der uns diktierten neuen Waffenstillstandsbedingungen den Eindruck gewonnen, daß diese Bedingungen von Männern angenommen wurden, die über die wahren Verhältnisse in unserer Ostmark vollständig im Unklaren sind. Gerade uns in Nakel, die wir wiederholt durch polnische Missethäter überfallen worden sind, ist es unverständlich, wie man es hinnehmen konnte, daß von einer deutschen Offensive gesprochen wurde. Wir vermiffen den ernststen Willen der Regierung, wichtige wirtschaftliche Gebiete dem Deutschen Reiche zu erhalten und sehen mit größter Besorgnis unsere deutschen Mitbewohner der Provinz Posen dem Haß und der Wut polnischer, den Händen ihrer Führer entglittener, zügelloser Banden ausgesetzt. Die Polen haben bisher keinen Vertrag gehalten. Es steht daher zu befürchten, daß auf Grund weiterer polnischer Feindseligkeiten ein neuer Waffenstillstandsvertrag auch uns in die Demarkationslinie einschließt. Wir protestieren daher gegen die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und hoffen, daß ein wirklicher Friede uns und unsere deutschen Brüder in dem jetzt von uns losgerissenen Gebiete nicht unter polnische Knechtschaft bringt.

Der deutsche Volksrat Nakel.

Von der Waffenstillstandskommission in Spaa ist beim Deutschen Volksrat Nakel daraufhin folgendes Telegramm eingetroffen:

Der Protest der deutschen Bevölkerung Nakels ist der interalliierten Waffenstillstandskommission zur Kenntnis gebracht worden. Die deutsche Waffenstillstandskommission tut alles, was in ihrer Macht steht, um die berechtigten deutschen Interessen in der Provinz Posen zu wahren. gez. Frhr. v. Hammerstein.

Der Deutsche Volksrat und der Deutsche Arbeiterrat von Hohensalza drahteten am 18. Februar an die Nationalversammlung, den Ministerpräsidenten Scheidemann und die Waffenstillstandskommission:

Die deutsche Bevölkerung Hohensalzas erhebt einmütig Einspruch gegen die in den Waffenstillstandsbedingungen kundgewordene Absicht der Regierung, die militärischen Abwehrmaßnahmen zu unserer Befreiung von der polnischen Zwangsherrschaft einzustellen. Die Demarkationslinie, die durch den zufälligen gegenwärtigen Stand der militärischen Ereignisse bestimmt ist, trägt den Stempel der Willkürlichkeit an der Stirne und bedroht die Provinz Posen mit einer Zerstückung in wirtschaftlich und kulturell nicht lebensfähige Teile. Durch die Zerschneidung der wichtigsten Verkehrsader unserer Heimat wird das Erwerbsleben der Deutschen wie auch der polnischen Bevölkerung unserer Stadt gleichmäßig gelähmt. Die treue Arbeit, die unsere Väter im Dienst der deutschen Sache in der Ostmark geleistet haben, verpflichtet das deutsche Volk, uns nicht der Verelendung in einem lebensunfähigen Polenstaate preiszugeben.

gez. Krega.

Auf den Protest des Deutschen Volksrates und des Deutschen Arbeiterrates Hohensalza ist folgende Antwort der Waffenstillstandskommission in Spaa eingegangen:

Der Einspruch der deutschen Bevölkerung Hohensalzas ist hier verwertet worden. Wenn alles, was deutsch ist, laut seine Stimme für das Deutschtum erhebt und opferwillig dafür eintritt, muß es gelingen, den deutschen Besitz zu erhalten. gez. Frhr. v. Hammerstein.

Aus Lobsens erging am 20. Februar folgende Drahtung:

Der Deutsche Volksrat des Bezirks Lobsens empfindet die Waffenstillstandsbedingungen als

eine unerhörte Vergewaltigung des Deutschtums im Osten, er legt daher Verwahrung ein gegen die Preisgabe deutschen Bodens. Er erwartet, daß alles daran gesetzt wird, unsere Heimatprovinz dem Deutschen Reiche zu erhalten und daß die Einstellung der polnischen Feindseligkeiten erzwungen wird.

Die **Schubiner Deutschen** telegraphierten am 21. Februar an die Nationalversammlung und an den Reichsminister Erzberger:

Schubin und Umgegend, zum Nezebidistrikt gehörend, noch immer von Polen besetzt. Hunderte Flüchtlinge, aller Habe bar, seit Wochen von den Angehörigen getrennt, erbitten Rückkehr unter Garantie persönlicher Freiheit und des Eigentums zu ermöglichen.  
J. A.: Rißler.

Aus **Kolmar i. P.** wurde an die maßgebenden Stellen am 19. Februar gedrah'tet:

Die Bedingungen des Waffenstillstandes bedeuten, wenn erhoben zu Friedensbedingungen, für 500 000 Deutsche der Provinz Posen Vergewaltigung und Untergang. Der seit 300 Jahren deutschen Kreisstadt Kolmar sind alle Lebensbedingungen von Süden abgeschnitten. Der Deutsche Volksrat des Kreises Kolmar in Posen mit 15 000 Mitgliedern steht nach wie vor auf den von beiden Seiten anerkannten Grundsätzen des Wilsonschen Rechtsfriedens. Es kann deshalb die Zugehörigkeit der Provinz Posen nur durch Volksabstimmung entschieden werden.

Der Deutsche Volksrat. Frazzle, Rektor.  
Der Deutsche Frauenrat. Ursula Hübinger.

Der Deutsche Volksrat **Schönlanke**, Stadt und Land, erließ folgenden Protest:

Schönlanke, 19. Februar. Die deutsche Stadt Schönlanke in Posen erhebt in einmütigem Protest aller ihrer Bürger ihre Stimme. Vor unserer Stadt liegen die polnischen Linien. Unser überwiegend deutscher Kreis ist zerrissen, die Kreisstadt besetzt, die Behörden verjagt. Der neue Waffenstillstand gibt diesem Unrecht Dauer, er schützt unsere deutschen Dörfer nicht vor Gewalttat, er hindert uns nur, den deutschen Brüdern zu helfen, die offenkundig Unrecht leiden. Bleibt das Unrecht, so wird im Ostland jetzt ein Haß gesät, der einst mehr Geschlechtern Verderben bringt, als uns allein. Wir mahnen und warnen alle die, die für die Zukunft zu sorgen haben.  
gez. Schönbeck.

Die vereinigten **deutschen Volksräte der Westkreise Posens** sandten am 17. Februar an die Nationalversammlung in Weimar, an Generalfeldmarschall von Hindenburg, an die preußische und an die Reichsregierung folgende Drahtung:

In Widerspruch mit dem 13. Artikel Wilsons greifen die neuen Bedingungen des Waffenstillstandes in das Schicksal der Provinz Posen schon vor der Friedenskonferenz ein. Die heute auf gastlichem schlesischen Boden in Sagan versammelten deutschen Volksräte Westposens erheben dagegen laut Einspruch. Wir bedauern, daß tapfer verteidigte deutsche Städte wie Bentzen, Neutomischel und Birnbaum der polnischen Raubgier kampflos überantwortet werden und die für das ganze Wirtschaftsleben des Reiches wichtige Bahnlinie Breslau—Kawitsch—Lissa—Bentzen—Berlin preisgegeben wird. Wir verlangen, das dieser Verzicht auf der Friedenskonferenz wieder rückgängig gemacht wird und von den Wilsonschen Bedingungen unter keinen Umständen zuungunsten des deutschen Teiles der Provinz abgewichen wird. Wir haben in berechtigter Abwehr der polnischen Übergriffe neue schwere Opfer an Gut und Blut für unsere Heimat gebracht und dadurch ein heiliges Anrecht, gehört zu werden.

gez. Kriesel. Ritter.

Hentschke-Meseritz. Schlottke-Kawitsch.

Der **Arbeiterrat und Volksgaugschuß Meseritz** drahtete am 18. Februar an die Reichsregierung und die Waffenstillstandskommission:

Deutsche haben den Frieden in der Provinz Posen nicht gestört. Andere Informationen der Entente falsch. Werden Demarkationslinie, soweit sie dem heutigen Besitzstande entspricht, trotz starker Bedenken respektieren. Nach bisherigem Verhalten der Polen ist anzunehmen, daß sie sich, wie bisher, stets an diese Anordnungen nicht kehren werden, zumal polnischer Volksrat bekannt gemacht hat, daß er Regierung Warschau nicht anerkenne.

Behalten uns daher unbedingt vor, Übergriffe der Polen auf das Nachdrücklichste mit Waffengewalt zurückzuweisen, und Grenzschutz aufrecht zu erhalten. Entente muß Vertreter nach hier schicken, Warschau hat keinen Zweck.

Erheben auch jetzt schon Einspruch gegen

etwaige Absicht, Demarkationslinie als spätere Grenze festzulegen, da dadurch Punkt 13 von Wilson verletzt würde.

Auf den Protest des **Arbeiterrates Meseritz** lief folgende Antwort der **Waffenstillstandskommission** ein:

Die Deutsche Waffenstillstandskommission Spaa begrüßt den Einspruch des Arbeiterrates Meseritz als wertvolle Unterstützung in ihrem Kampfe für die deutschen Interessen. gez. Fehr. v. Hammerstein.

Über die **Protektionsgebungen in Birnbaum**, die einen so erfreulichen Erfolg zeitigten, berichtet die „Meseritzer Kreiszeitung“ vom 25. Februar:

Besonderen Anklang werden folgende Beschlüsse des Vertrauensrates der gesamten Truppen des Grenzschutzes Birnbaum, sowie des Offizierkorps des Grenzschutzabschnittes Birnbaum finden:

Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes im November 1918 hat bei den einzelnen Terminen zur Verlängerung des Waffenstillstands Marschall Foch dem deutschen Volke Bedingungen gestellt, die an Rücksichtslosigkeit die eine die andere übertraf. Die rücksichtsloseste aber, Peitschenhiebe für das deutsche Volk, ist die letzte. Wir Deutsche sollen mit Gewehr bei Fuß zusehen, wie polnische Räuber- und Mörderbanden, die zu einer Zeit, da der Welt Völkerfriede und ähnliches vorgegaukelt wird, über urdeutsche Lande herfallen, deutsche Bürger niedermetzeln, deutschen Besitz brandschatzen und unendliche, nicht zu ersetzende Kulturwerke zerstören. Damit nicht genug, sollen wir nun auch noch deutschen Boden, für den teures Blut geflossen, kampfslos diesen polnischen Räuberbanden überlassen. Nein, nie und nimmer. Eine Regierung, die dem zustimmt, ist keine deutsche Regierung. Die deutschen Männer und Jünglinge, die aus allen Teilen des weiten deutschen Vaterlandes zum Grenzschutz geeilt sind, um heiligen deutschen Boden zu verteidigen, deutsche Frauen und Kinder, deutsche Art und deutsches Recht zu schützen und zu schützen, erklären:

Mag uns befehlen, wer will, wir bleiben in den von uns besetzten Stellungen. Solange wir noch eine Patrone haben, solange noch ein Lebensfunke in uns ist, betritt kein

Pole unsere jetzige Stellung. Nur über die Leichen von tausenden und abertausenden deutscher Männer geht der Weg in die von Foch befohlene Stellung. Will Foch es aber zum Äußersten kommen lassen, will er Deutschland vollständig zu Grunde richten, dann sind auch wir zum Äußersten entschlossen. Dann werden wir dem Bolschewismus die Tore öffnen und mit ihm zusammen Europa überschweben, dann dürfte auch für Foch und seine auf Größenwahn aufgebaute Imperatorstellung die Stunde geschlagen haben.

Im Namen des Vertrauensrates der gesamten Truppen des Grenzschutzes Birnbaum.

Die gesamte Bevölkerung der Stadt und des Kreises Birnbaum, soweit er noch nicht von den Polen besetzt ist, in Zahl von etwa 8000 Personen, hat sich heute in einer spontanen Kundgebung in Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß ihr Gebiet unbedingt deutsch bleiben müsse und der Grenzschutz auf keinen Fall von seiner innegehaltenen Linie zurückweichen würde. Ebenso haben die Vertrauensmänner aller Formationen des Grenzschutzabschnittes Birnbaum einstimmig erklärt, keinen Fuß breit deutschen Bodens der Willkür der Polen überlassen zu wollen.

Das gesamte Offizierkorps betrachtet es deshalb als Ehrensache, keinen schrittlos zurückzuweichen und die jetzige deutsche Linie bis zum letzten Atemzuge zu halten.

Dies haben wir der Bürgerschaft versprochen, dies werden wir unter Einsatz der eigenen Person unbedingt halten.

Im Namen des Offizierkorps des Grenzschutzabschnittes Birnbaum.

Auf die **Birnbaumer Kundgebungen** erfolgten folgende Antworten:

Telegramm aus Weimar, 21. Februar.

Billige feierliches Gelöbniß, aus den eingezogenen Stellungen, wie sie am 16. d. M. waren, nicht zu weichen. Demarkationslinie gilt auch für Polen. Dies ausdrücklich von Marschall Foch anerkannt. Polen dürfen diese nicht überschreiten. Demarkationslinie präjudiziert in keiner Weise Friedensvertrag. Von Wilsons Programm wird kein Punkt preisgegeben. Reichsminister Erzberger.

Telegramm vom Auswärtigen Amt, Berlin.

Trotz dringender Vorstellung ist es nicht gelungen, die Demarkationslinie jenseits der Stadt Birnbaum zu legen. Der deutschen Bevölkerung muß anheimgegeben werden, durch energische Proteste das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen und so den deutschen Friedensunterhändlern die beste Waffe für den Kampf um den Verbleib der Stadt beim deutschen Reiche in die Hand zu geben.

Graf Brodendorff.

Telegramm von dem Generalkommando

5. Armeekorps, Slogau.

Ihr Telegramm vom 19. Februar ist an das Armee-Ober-Kommando Süd weitergegeben. Das Generalkommando hat sofort nach Bekanntwerden der Demarkationslinie beim Armee-Ober-Kommando und bei der Obersten Heeresleitung beantragt, daß Birnbaum in deutscher Hand bleibt und wird weiter mit Nachdruck dafür eintreten.

Telegramm des Deutschnationalen Abgeordneten der Nationalversammlung Ohler (Grabitg, Kr. Birnbaum).

Soeben Rücksprache mit Staatssekretär Erzberger. Nicht zurückgehen. Birnbaum unter allen Umständen besetzt halten, komme was wolle!

gez. Ohler.

Über das Ergebnis dieser Proteste berichtet das „Berl. Tageblatt“ vom 26. Februar:

Wie die Oberste Heeresleitung mitteilt, nahmen die Verhandlungen mit dem französischen General Dupont, dem Führer der Entente-Kommission, die nach dem Osten zur Festsetzung der Demarkationslinie entsandt worden ist, einen günstigen Verlauf. Man kann schon jetzt sagen, daß Birnbaum außerhalb der Demarkationslinie liegen und in deutschem Besitz bleiben wird. Wahrscheinlich wird der Status, wie er jetzt besteht, als Demarkationslinie festgehalten.

Die deutschen Landgemeinden Lewishau-land, Sawade, Lubenhau-land, Blafe (Kreis Meseritz) haben folgende Entschlie-ßung gefaßt und an die Nationalversammlung sowie an den Generalfeldmarschall von Hindenburg abgesandt:

Die bisher von deutscher Besatzung gegen polnische Angriffe verteidigten und gehaltenen aus rein Deutschen bestehenden Gemeinden Lewishau-land, Sawade, Lubenhau-land, Blafe

protestieren gegen die nach den Waffenstillstandsbedingungen in Aussicht stehende Angliederung an Polen. Wir erwarten, daß die Demarkationslinie östlich unserer Gemeinden geht. Wir haben uns bisher mit Erfolg gegen die Polen behauptet und wollen auch fernerhin deutsch bleiben.

Die Deutschen Volksräte von Lewishau-land, Sawade, Lubenhau-land, Blafe.

Auf ein in einer Versammlung in Sagan an Reichsminister Erzberger gerichtetes Telegramm, daß alle Schritte ergriffen werden sollten, um die Abtrennung der Provinz Posen vom Deutschen Reiche abzuwenden, erklärt Minister Erzberger in einem Antwort-telegramm: Es ist ausdrücklich ausgemacht und von Marschall Foch zugestanden worden, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen in keiner Weise der Friedenskonferenz vorzugreifen, sondern daß sie lediglich militärische Angelegenheiten behandeln, und von den Wilsonschen Bedingungen unter keinen Umständen zuungunsten des deutschen Teiles der Provinz Posen abgewichen werde.

Der deutsche Volksrat von Tirschtiegel sandte am 19. Februar folgendes Telegramm an Minister Erzberger, Weimar:

Durch die neuen Waffenstillstandsbedingungen sollen viele rein deutsche Gebiete den plündernden Polen auf Gnade oder Ungnade preisgegeben werden, darunter auch teilweise unser deutscher Kreis Meseritz, der von deutschen Truppen besetzt ist. Die gesamte Bevölkerung von Tirschtiegel und Umgegend protestiert energisch gegen diese, den Wilsonschen Grundsätzen zuwiderlaufende Vergewaltigung und zwar zugleich für die bereits von den aufständischen Polen widerrechtlich besetzten deutschen Nachbarkreise. Wir verlangen, daß die von unsern Truppen jetzt besetzten Stellungen als Demarkationslinie gelten. Wir sind deutsch, wollen deutsch bleiben und stehen dafür ein bis zum letzten Atemzuge! Das Blut der bei der Verteidigung ihrer Heimat gefallenen Brüder darf nicht umsonst geflossen sein!

Der Deutsche Volksrat.

Am 20. Februar erhielt der Deutsche Volksrat Tirschtiegel folgende Antwort-drahtung: Depesche erhalten. Besetzte Gebiete werden Polen nicht auf Gnade oder Ungnade

übergeben. Alliierten haben vielmehr Schutz der Deutschen in den geräumten Gebieten übernommen. Demarkationslinie greift endgültigen Friedensverhandlungen nicht vor. Hätte die Ostmark meinen seit mehreren Monaten geäußerten dringenden Wünschen auf eigene Organisation militärischer Verteidigung entsprochen, würde anderes Resultat erreicht worden sein.

Reichsminister Erzberger.

Darauf sandte der **Deutsche Volksrat** **Tirachtiengel** folgende **Gegenäußerungen**:

Minister Erzberger, Weimar.

Schlussatz Antwort W. 362 vom 20. Februar hier sehr befremdet. Beweist böllige Unkenntnis hiesiger Lage. Haben uns von Anfang an gegen Polen organisiert und sie bisher von unserm Gebiete ferngehalten. Wenn Regierung mehr Interesse für uns, wäre Resultat ein anderes. Fühlen uns durch Vorwurf nicht getroffen. Trotz Waffenstillstandes greifen Polen weiter an, rauben und plündern weiter. Protokoll folgt.

Der Deutsche Volksrat.

Diesem Telegrammwechsel fügt der Deutsche Volksrat in einer Zuschrift an die „Vossische Zeitung“ noch folgende Bemerkungen bei: „Was wir von dem Alliiertenschutz halten, ersparen wir uns zu sagen. Ein Grenzschutz bestand bald nach der Revolution. Die posenschen Garnisonen waren auch belegt. Sehr bald wurden aber auf Grund von Verhandlungen zwischen Berlin und Posen die reindeutschen Soldaten nach Hause entlassen und durch „Raczmarek“ (= polnische Soldaten) ersetzt. Die heimkehrenden Truppenteile wurden prompt von den polnischen Soldatenräten und Truppen des 5. A. K. entwaffnet. Wie sollten wir da „eigene militärische Verteidigung“ organisieren? Sollten wir mit Schützenbüchsen gegen die von den Polen geraubten Maschinengewehre und Artillerie kämpfen oder mit Knüppeln? Als Ende November v. J. Vertreter der reindeutschen acht Mandtreise Posens in Berlin waren, wurden sie auf Selbsthilfe verwiesen, Lieferung von Waffen und Munition aber glatt abgelehnt.“

Die Deutschen in der Stadt Bentschen haben am 17. Februar an die Nationalver-

sammlung und die Reichsregierung in Weimar eine Drahtung gerichtet, in der es heißt:

Die Gesamtheit der deutschen Bürger der Stadt Bentschen erhebt flammenden Einspruch gegen die Einbeziehung Bentschens in das Gebiet westlich der Demarkationslinie. Bentschen ist der Ausgangspunkt von sechs Bahnstrecken, der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt Westposens. Böllige Abhängigkeit des Eisenbahnverkehrs zwischen reindeutschen Gebieten von polnischer Willkür wäre die Folge. Drei Fünftel der Einwohnerschaft Bentschens ist deutsch. Schützt uns deutsche Einwohner des hiesigen, in harten Kämpfen siegreich verteidigten Gebiets gegen polnische Grausamkeit und Willkür.

Das reindeutsche, bei Bentschen gelegene Dorf **Strefe** protestierte ebenfalls gegen die drohende Gefahr, polnischer Willkür ausgeliefert zu werden. Was von polnischer Willkür und Grausamkeit zu erwarten ist, habe Strefe in der Schreckensnacht des 11. Januar erfahren.

Der **Deutsche Volksrat in Culmbach** veröffentlichte am 20. Februar folgenden **Not-schrei**:

Nach Siegen, die die ganze Welt in Erstaunen und Bewunderung gesetzt haben, brach Deutschland zusammen. Heute sind wir gezwungen, unsere heilige Heimat gegen fremde Eroberungsgelüste mit dem Wort und der Schrift zu verteidigen. Wie im Westen Elsaß-Lothringen — uraltes deutsches Land — wieder vom Reiche losgerissen werden soll, so sind im Osten die Polen bestrebt, unzweifelhaft deutsches Land mit einer unzweifelhaft deutschen Bevölkerung vom Mutterlande loszureißen. Auch die Provinz Westpreußen soll polnischer Ländergier zum Opfer fallen. Ganz Westpreußen aber ist deutsches Land mit weit überwiegend deutscher Bevölkerung. Einen Schlag in das Gesicht der Gerechtigkeit würde dieser Länderraub bedeuten. Das heutige Gebiet der Provinz Westpreußen ist von 1280 an von dem deutschen Ritterorden erobert worden. Polen bewohnten dieses Gebiet damals nicht und auch heute noch bilden sie hier die Minderheit. 1 100 000 Deutsche und nur 600 000 Polen und Kaschuben bewohnen diese Provinz. Zweihundert Jahre lang

(von 1569 bis 1772) ist Westpreußen polnische Provinz gewesen, wider den Willen seiner Bevölkerung, wider Recht und feierlichst verbrieftete Versprechungen.

Als wir in dem hinter uns liegenden Weltkriege von Sieg zu Sieg eilten, als wir Russisch-Polen von den russischen Heeren und Herren mit deutschem Blute befreiten, jubelten uns die Polen zu und erklärten, ihr Schicksal unlöslich mit dem Schicksale Deutschlands verbinden zu wollen. Sie haben ihren Schwur vergessen, sie haben treulos ihr Wort gebrochen. Von der deutschen Provinz Posen haben sie wider Recht und Gerechtigkeit und bevor die Friedenskonferenz über das Schicksal dieser Provinz entschieden hat, Besitz ergriffen.

Sie wissen es wohl, daß auch die Provinz Posen nicht unzweifelhaft polnisches Land ist. Deutsch ist die geschichtliche Entwicklung dieser Provinz, Deutsche gründeten ihre Städte und Dörfer, deutsche Einwanderer, von polnischen Königen ins Land gerufen, brachten diese Provinz zu hoher Blüte. Und was die Provinz Posen heute ist, verdankt sie ihren deutschen Bewohnern, die, über 800 000 Seelen stark, fast die Hälfte der Provinz ausmachen, und verdankt sie der Fürsorge des Deutschen Reiches.

Unzweifelhaft deutsches Gebiet soll vom deutschen Mutterlande losgerissen werden. Völker der Erde! Wir Deutschen rufen es euch zu, daß deutsch auch diese beiden Provinzen sind. Wir wollen Deutsche bleiben, wir wollen vom deutschen Mutterlande nicht losgerissen werden. Nie werden wir aufhören zu protestieren, wenn uns Unrecht geschehen sollte. Unseren Kindern und Kindeskindern wollen wir es überliefern, daß deutsch auch diese Provinzen sind. Ein heiliges Vermächtnis soll es den spätesten Enkeln sein, die Rückgabe der deutschen Ostmarken zu fordern.

Nur Aukennntnis oder Lüge werden behaupten, daß die Provinzen Westpreußen und Posen nicht unzweifelhaft deutsches Land sind und eine nicht unzweifelhaft deutsche Bevölkerung aufweisen. Auch viele Hunderttausend Polen, die in diesen Provinzen

wohnen, sind nur polonisierte Deutsche, sind also Deutsche ihrer Abstammung nach, die nur die polnische Muttersprache angenommen haben.

Völker der Erde hört uns! Wir fordern Recht und Gerechtigkeit für uns, nichts weiter. Wir sind bereit, Gut und Blut für unsere Freiheit zu opfern. Mag rücksichtslose Gewalt auch zu unseren Ungunsten entscheiden, mögen Recht und Gerechtigkeit von den Siegern gebeugt werden, nie werden wir aufhören, an einen endlichen Sieg unserer gerechten Forderungen zu glauben. Und dieser Glaube wird uns stark machen und wird uns mit Zuversicht an einen endlichen Sieg des deutschen Rechts erfüllen.

Aber wir wenden uns vertrauensvoll an euch, ihr Völker. Ihr werdet es nicht dulden, daß unser öffentliches Recht brutaler Gewalt zum Opfer fällt. Völker der Erde, bedenkt, daß auch euch unser Schicksal treffen kann. Wollt ihr alsdann Gerechtigkeit finden, dann verheißt uns jetzt zu unseren Rechten.

Auch preussische Polen wenden sich gegen den Anschluß an das neue Polen. In der am 12. Februar 1919 in Comprachischütz, Kreis Oppeln, abgehaltenen Versammlung polnischsprechender Männer und Frauen ist laut amtlichem Protokoll von den etwa 350 Versammelten einstimmig folgende Entschliesung angenommen worden: Zahlreiche Männer und Frauen aus der Gemeinde Comprachischütz, welche sich heute hier versammelt haben, erklären hiermit, daß sie frei und ungehindert ihre Muttersprache gebrauchen, ihre Religion ausüben und wie bisher bei ihrer schlesischen Heimat verbleiben wollen. Sie erheben feierlich Einspruch gegen die von großpolnischer Seite unternommenen Versuche, Oberschlesien oder Teile davon dem neuzugründenden polnischen Reiche einzuverleiben. Sie erblicken allein in dem Verbleib bei Deutschland die Gewähr für Aufrechterhaltung ihrer Kultur. Diese Entschliesung wird als Beschluß der Versammelten dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis gebracht.

Gemeindevorsteher Wolf.

Eine gleichartige Entschliesung ist auch von der Gemeinde Chmielowitz, Kreis Oppeln, angenommen worden.

## Pressestimmen

### 1. Ostdeutsche Presse

Die „Ostdeutsche Rundschau“ Nr. 50 vom 28. Februar schreibt:

Der Verkauf deutschen Grund und Bodens an Polen nimmt hier in Bromberg in besorgniserregender Weise zu. Gefördert wird dieser Verrat am Deutschtum durch eine weit verzweigte Propaganda der Polen, denen kein Preis zu hoch ist, um ihre nationalpolitischen Pläne zu verwirklichen und dem deutschen Charakter der Stadt Bromberg nach und nach ein polnisches Gepräge zu geben. Angesichts der beschämenden Laune und Gleichgültigkeit vieler Deutschen können wir an alle Haus- und Grundbesitzer nur die dringende Mahnung richten, in dieser schweren Zeit ihr Deutschtum nicht im Stiche zu lassen, sondern treu auszuhalten auf ihrem heimatlichen Besitztum. Wer ohne zwingenden Grund dennoch an Polen verkauft, der versündigt sich aufs schwerste an seinem Vaterland und muß gewärtig sein, von seinen deutschen Volksgenossen verachtet zu werden. Bei unserem derzeitigen niedrigen Geldstand ist überdies die Veräußerung von Grund und Boden eine Unklugheit, die sich bitter rächen kann.

### 2. Presse im Reich

Die „Deutsche Zeitung“ Nr. 83 vom 20. Februar berichtet:

Die interfraktionelle Ostmarkenkommission in Weimar hat die Richtlinien für ein Programm der Ostmarkenpolitik festgesetzt. Diese Richtlinien werden zunächst Gegenstand der Beratungen der einzelnen Fraktionen sein. Die interfraktionelle Kommission legte folgenden Entwurf vor:

Die Nationalversammlung fordert:

1. daß die Reichs- und preussische Regierung unverzüglich alle Mittel anwendet, die geeignet sind, die östlichen Provinzen in dem im Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 vorgesehenen Zustand der unveränderten Grenzen bis 1. August 1914 aufrecht zu erhalten. Die Nationalversammlung stellt fest, daß die uns durch den Vertrag vom 16. Februar 1919 aufgezwungene

Demarkationslinie in der Provinz Posen als eine rein militärische Maßnahme bezeichnet wird, welche der Entscheidung über die politische Zugehörigkeit der betreffenden Gebiete nicht vorgreift. Sie stellt ferner fest, daß innerhalb der Demarkationslinie Gebiete liegen, die im Sinne von Punkt 13 der Wilsonnote als unbestreitbar deutsch anzusehen sind;

2. sie erwartet von der Regierung, daß sie ihrerseits weitere Übergriffe der Polen abwehrt und der Entente gegenüber darauf dringt, daß diese entsprechend der in dem Abkommen vom 16. Februar 1919 übernommenen Verpflichtung, die Polen an jeglicher Verletzung der Demarkationslinie verhindert;

3. und 4. die Nationalversammlung bewahrt sich nachdrücklichst gegen alle Bestrebungen, welche darauf hingingen, Teile Ostpreußens mit neuen litauischen und preussischen Staaten zu vereinigen und fordert die Regierung auf, bei den Friedensverhandlungen auf den urdeutschen Charakter der litauischen und masurischen Teile Ostpreußens und auf ihre siebenhundertjährige ununterbrochene Zugehörigkeit zu Preußen-Deutschland hinzuweisen. Die Loslösung dieser Gebiete vom Deutschen Reiche würde den von Wilson formulierten Grundsätzen direkt zuwiderlaufen;

5. die Nationalversammlung erwartet auf das Bestimmteste, daß entsprechend den Wilsonschen Grundsätzen Westpreußen und Oberschlesien dem Deutschen Reiche erhalten bleiben, da sie ethnographisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell unbestreitbar deutsch sind;

6. die Nationalversammlung fordert von der Regierung, daß sie alle Mittel aufwendet, um Angriffe bolschewistischer Truppen und Banden auf die östlichen Provinzen Deutschlands abzuwehren und alle wehrfähigen deutschen Männer zum Eintritt in die freiwillige Volkswehr zu veranlassen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 86 vom 19. Februar erinnert an die unlöslichen Schwierigkeiten, die das Posener Demar-

**lationsproblem** bereits im Jahre 1848 gemacht hat und fährt dann fort:

Daß wir aus militärischen Gründen auf die Fesung Posen ohne schwerste Bedrohung der Reichshauptstadt nicht verzichten können, ist selbst von linksstehender Seite offen zugegeben worden, die 1848 sowohl wie jetzt für die nationalen Interessen des ostmärkischen Deutschtums ein verblüffend geringes Verständnis gezeigt hat. Daß der Negedistrikt und die Westpomeraner Kreise trotz ihres polnischen Einschlages nach Kultur und Wirtschaft, mit dem Präsidenten Wilson zu reden, unzweifelhaft deutschen Charakter tragen, kann kein Kenner der Verhältnisse leugnen. Da wir aber überhaupt in der Provinz Posen von Polen nicht viel mehr als das nackte Land überkommen haben, da mit den führenden Schichten zugleich alles, was auf diesem Boden gebaut, was in ihn gesenkt und gepflanzt ist, unermüdetem deutschem Erfindungsgeist, zähem deutschem Fleiße, nicht zum geringen Teile auch der Initiative der preußischen Krone Dasein, Blüte und Gedeihen verdankt, ist jeder polnische Versuch, Teile der Provinz Posen in ihrem heutigen konkreten Bestande als „geraubten Teil“ des verlotterten alten Polenstaates von ehemals zu reklamieren, als Versuch grober Täuschung und brutaler Vergewaltigung anzusprechen.

Worauf die Polen im preußischen Staate, also diesseits so gut wie jenseits der heute vorgeschlagenen Demarkationslinie, einen wohlgegründeten Anspruch haben, ist eine weitgehende kulturelle Autonomie und eine weitherzige Berücksichtigung ihrer nationalen Eigenart. Der loyalsten Berücksichtigung dieser Ansprüche können sie im neuen demokratischen Preußen und Deutschland sicher sein. Alles, was darüber hinausgeht, ist ein schmähhlicher Versuch, die gegenwärtige politische Ohnmacht Deutschlands zu gewalttätigen Gebiets-Neuregelungen auszunutzen, die die Gewähr der Dauer nicht in sich tragen, sondern mit Notwendigkeit zu dauernden politischen Verwicklungen und damit zu einer schweren Gefährdung des europäischen Friedens führen müssen. Weit entfernt auch nur dem Wortlaute des Wilsonsprogramms zu entsprechen, laufen die allein durch das rachsüchtige Frankreich

gestützten Ansprüche der preußischen Polen auch dem Geiste dieses Programms auf das tiefste zuwider.

Unter der Überschrift: „**Ein Bündnis mit Polen — das Gebot der Stunde**“ bringt die „**Germania**“ in Nr. 73 vom 14. Februar aus parlamentarischen Kreisen eine Zuschrift, in der der Verfasser den Gedanken bekämpft, daß Preußen und Polen grundsätzlich und historisch Feinde seien, und in der er zu dem Schluß kommt, daß nur ein Bündnis der beiden Länder sie vor der gemeinsamen Gefahr retten könnte, in der sie in diesem Augenblicke schweben.

Der Verfasser setzt auseinander, daß die feindliche Stimmung, die Polen gegen Deutschland beseele, aus der katartischen Politik, dem „Kulturkampf“ und der Ausrottungspolitik Preußens entstanden sei, und daß die Militärverwaltung während des Krieges in Polen nichts getan habe, um diese Stimmung zu heben. Von einer Befreiung Polens könne keine Rede sein, im Gegenteil sei das alte System der Polenbekämpfung nur wieder aufgefrischt worden. Der Schreiber der Zuschrift benutzte nun die Gelegenheit der Verhandlungen des preußischen Ministeriums mit den Polenführern, um beiden folgende Mahnung zuzurufen:

„Die Entscheidung mit den Waffen zu suchen, liegt weder im Interesse Deutschlands, noch Polens. Beide Länder haben unendlich durch den Krieg gelitten und müssen an ihren inneren Aufbau denken. In beiden Ländern herrschen zurzeit wüste Parteikämpfe und beide Länder sind von den russischen Bolschewiki bedroht. Eine möglichst baldige Verständigung zwischen Preußen und Polen ist deshalb dringend geboten. Und sie ist nicht aussichtslos. Die Polen sollten doch bedenken, daß die von unseren damaligen Machthabern betriebene Gewaltpolitik der Skafisten nicht dem Willen des weitaus größten Teiles des deutschen Volkes entsprochen hat. Wenn diese Erkenntnis sich vollzieht und dann der wohlverständige Haß gegen die Deutschen ruhigen und vernünftigen Erwägungen Platz machen kann, dann wage ich im Revolutionsjahr 1919 mit einem ähnlichen Vorschlag hervorzutreten, wie der von mir am Anfang dieses Auflasses er-

wähnte Politiker des Revolutionsjahres 1848 es getan hat. Zwischen Preußen und Polen muß nicht nur eine Verständigung herbeigeführt werden, sondern ein Bündnis geschlossen werden. Um dieses zu ermöglichen, muß zunächst die Provinz Posen eine selbstständige Republik werden. An wen sich dieselbe anschließen will, kann ihrem Selbstbestimmungsrecht vorbehalten bleiben, denn es würde voreilig sein, zu glauben, daß man sich für Kongreßpolen entscheiden wird. Auch sollte letzterem ein Zugang zum Meere ermöglicht werden. Wie das geschehen könnte, bedarf in diesem Augenblick keiner weiteren Erörterung. Selbstverständliche Voraussetzung wäre, daß auch Kongreßpolen und Galizien autonome Republiken würden. Dasselbe müßte der Fall sein mit Litauen und dem Baltikum. Wenn die sämtlichen genannten Länder untereinander und mit Deutschland durch ein Bündnis verbunden wären, so würde das nicht nur für die Verhältnisse dieser Länder, sondern für das gesamte Europa glückverheißend sein."

### 3. Polnische Presse

Zu den deutschen Protestkundgebungen äußert sich der Bromberger „*Dziennik Bydgoski*“ vom 20. Februar auf folgende Weise:

„Up ewig ungedeckt.“ Der deutsche Volksrat in Bromberg hat nach Weimar, an die Waffenstillstandskommission in Spaa und an Scheidemann ein Telegramm gesandt, in welchem er zwar seine Freude darüber zum Ausdruck bringt, daß infolge der Durchführung der Demarkationslinie Bromberg beim „Mutterlande“ verbleibt, aber trotzdem gegen die Trennung mit den übrigen Deutschen im Posenschen protestiert und seine Solidarität mit denselben erklärt. Das Deutschtum in Bromberg stellt für die Friedensverhandlungen die Nischtschnur auf, daß es für ewig mit dem Rest der Deutschen in der Posener Provinz vereinigt bleiben will: „Up ewig ungedeckt“.

Ruhig, ruhig, ihr Herren Sakatisten. Ihr werdet bestimmt „ungedeckt“ sein, aber — in Polen. Wenn es euch nicht gefallen sollte, so könnt ihr euch wo anders euren Sitz wählen und dort „up ewig ungedeckt“ summen.

Wilem (Spottwort gegen Kaiser Wilhelm) wird euch helfen.

Der Posener „*Dziennik Poznański*“ schreibt in Nr. 45 vom 23. Februar 1919:

Anträge von Dmowski. „L'Independance Polonaise“ bringt den Wortlaut der Anträge, welche den Schluß des Exposé von Dmowski vor den Vertretern der Entente bildeten. Diese Anträge lauteten:

1. Die Frage der deutschen Gefahr: Es ist unerlässlich, daß man die Deutschen mit ihrem Vorwärtsdrängen nach dem Osten aufhält, was man durch eine einfache Forderung der Verbündeten erzielen könnte. Es ist auch nötig, in dem Waffenstillstand, der erneuert werden soll, diejenigen Bedingungen festzulegen, welche der polnischen Bevölkerung die Garantie geben, daß sie nicht verfolgt werden wird und in Ruhe den Beschluß der Friedenskonferenz erwarten kann.

2. Es ist unbedingt notwendig, daß man den Weg über Danzig für den Transport von Munition, Waffen und Lebensmitteln eröffnet. Der Artikel des Waffenstillstandsvertrags, welcher den Verbündeten freie Durchfahrt von Danzig nach Thorn gestattet, muß auch erfüllt werden. Dies kann man erreichen, wenn die Bahnstrecke von Entente-militär okkupiert wird, oder wenn eine Garantie gegeben wird, daß die Polen freie Durchfahrt bekommen, während welcher sie nicht belästigt werden. Es ist dies unbedingt notwendig, damit die Armee des Generals Haller, welcher so ungeduldig im Lande erwartet wird, abgeschickt werden kann. Die Polen fordern gleichfalls, daß man ihnen Kleidung, Waffen und Munition für die in der Bildung begriffene Armee schickt. Menschenmaterial ist genug da, es fehlt jedoch das, was zu ihrer Equipierung nötig ist.

3. Die Lage in Ostgalizien muß gleichfalls geregelt werden. Lemberg wird dort fortwährend von den Ukrainern angegriffen, die Polen könnten sich wehren und Ordnung im Lande einführen, wenn sie die notwendigen Kleidungs-, Munitions- und Waffenvorräte für die polnische Armee hätten.

Der „*Dziennik Bydgoski*“ Nr. 45 vom 23. November 1919 schreibt:

Die Entente wird Polen das ganze deutsche Teilungsgebiet zusammen mit Oberschlesien

zurückgeben. Während der Verhandlungen in Sachen der Verlängerung des Waffenstillstandes hat Marschall Foch anfänglich eine Linie bestimmt, die auch ganz Oberschlesien von Preußen abtrennte. Später zeigte er sich auf die Bitten der Deutschen damit einverstanden, daß die Polen vorläufig nur das behalten sollen, was sie mit Gewalt weggenommen haben (Anm. d. Red. d. Btg.: Später werden sie den Rest dessen erhalten, was ihnen gehört).

Das Unterkommissariat für Schlesien (Herr Rechtsanwält Czajla in Deuthen) gibt ein umfangreiches Schreiben in dieser Sache bekannt, um die Bevölkerung darüber aufzuklären. Der Endpassus desselben lautet folgendermaßen:

Die anfängliche Forderung der Entente betreffs der Demarkationslinie (der militärischen) erklärt ihr Vorhaben schon heute ausgezeichnet in bezug auf das Schicksal Oberschlesiens.

Die anfangs erwähnte Linie von Drozki im Sycower Kreis, durch Kupy bis zur Mündung der Malapane in die Oder ist dieselbe, welche die Ländereien in dem Milizer, Sycower, Oleski und Doppelner Kreise mit überwiegend polnischer Bevölkerung abgrenzt. Alles, was östlich von dieser Linie liegt, soll also den Preußen abgenommen werden. Es ist bemerkenswert, daß Marschall Foch sich genau nach unserer Nationalitätenkarte richtet, wie diese z. B. von unseren größten Forschern auf diesem Gebiete, dem Geistlichen Gregor aus Tworkowo im Kreise Ratibor und dem Professor Komer aus Lemberg, der jetzt in Paris weilt, auf der Karte seines polnischen Atlases angegeben wird; die weitere „grüne Linie“ aber muß ihre weitere Fortsetzung von der Mündung der Ponwa bis zur Oder sein und im Westen des Kreises durch den Niwodliner und Pradnicer Kreis gehen und weiter noch einen Teil des Kreises Ratibor bis zur tschechischen Grenze umfassen, all dies soweit dort polnische Bevölkerung wohnt. Die Ländereien, die also östlich von dieser Linie liegen, müssen also als uns zuerkannte polnische Ländereien angesehen werden.

Schließlich wird ja zwar die Friedenskonferenz entscheiden, aber schon heute ist die Sache sozusagen beschlossen! Oberschlesien war, ist und wird polnisch bleiben.

Zur Festsetzung der Demarkationslinie bemerkt der „Kurjer Poznanski“, daß schon die Vertreter des Polnischen Obersten Volksrates die Bestimmung einer Demarkationslinie vorschlugen. Die deutsche Regierung verlangte darauf die Zurückziehung der polnischen Truppen, was einer Ablehnung des Vorschlages gleichkam. Da schon damals der Regierung das Verlangen der Entente bekannt war, die Feindseligkeiten einzustellen, so muß man annehmen, daß die Regierung es vorzog, dem Befehl der Entente zu gehorchen, als sich mit den polnischen „Aufrührern“ zu einigen. Die Demarkationslinie ist gleichlaufend mit den polnisch-deutschen Stellungen vom 6. d. Mts. Die ersten Vorschläge Fochs waren günstigere, denn sie umfaßten auch die Kreise Kreuzburg und Oels. Man muß betonen, daß die Demarkationslinie eine rein militärische ist, welche die politischen Grenzen, welche die Friedenskonferenz bestimmen wird, in nichts berührt. Die Polen werden im Interesse der Vermeidung weiteren Blutvergießens sich den von der Entente diktierten Waffenstillstandsbedingungen anpassen. Auch die deutsche Regierung wird wohl nachgeben. Es ist aber zweifelhaft, ob der „Heimatschutz“ sich diesem Befehle unterordnen wird. Die Regierungsform auf den vorläufig den Polen bestimmten Gebieten ist in den Bestimmungen nicht bezeichnet. Das bedeutet, daß der jetzige Tatbestand anerkannt wird. Es bleiben allerdings noch die begründeten Forderungen unserer Brüder in Ost- und Westpreußen und Oberschlesien übrig. Wir werden nicht aufhören, weiterhin an diese zu erinnern.

Ein sehr anschauliches Bild von der nachgerade über jedes vernünftige Maß weit hinausgehenden polnischen Begehrlichkeit nach fremdem Land entwirft der „Kurjer Poznanski“, der in zwei Abhandlungen, die in den Nummern 24 und 25 zu lesen sind und einen Dr. Brzeg zum Verfasser haben, als Südgrenze des polnischen Staates die Karpathen in ihrer ganzen Ausdehnung fordert.

Diese Grenze, so heißt es da, müßte an Rumänien stoßen, mit dem sich Polen zweifellos verbünden und Handelsbeziehungen anknüpfen werde, wodurch es auch eine günstige

Verbindung mit dem Schwarzen Meere erlangen könnte. Durch die an die Karpathen sich anlehrende Grenze würde Polen gleichzeitig eine unmittelbare Verbindung mit dem westlichen Slaventum und Rußland bis zu dem tief nach Osten reichenden östlichen Koloz herstellen, dessen ungeheure Rohstoffmengen auf allen Wegen nach dem Westen fließen würden. Nicht zu übersehen seien ferner die schiffbaren Flüsse Dnjestr und Pruth, deren Läufe für den Verkehr und Handel Polens von ungeheurer Bedeutung seien. Durch die Karpathengrenze würden die in Ostgalizien befindlichen Petroleumquellen und Kalilager in den Besitz Polens gelangen, wobei von besonderem Wert das Kali sei, dessen vorzügliche Qualität eine erfolgreiche Konkurrenz mit dem deutschen Kali ermöglichen würde.

Die Ostgrenze Polens mükte an die Pinsker Sümpfe stoßen und von da in südlicher Richtung über Luninies—Sarny—Dubno—Rowno bis Berdiczew, Proszurow, Winica und in nördlicher Richtung in gerader Linie über Litauen und Weßrußland bis zur Polozker Linie verlaufen. Da Polen voraussichtlich keine eigenen Kolonien haben werde, müsse es eine solche Ausdehnung haben, daß die polnischen Rückwanderer aus Amerika und Westfalen es hinfort nicht mehr nötig hätten, „nach Sachsen“ zu gehen, sondern, ohne sich mißhandeln zu lassen und ohne den Deutschen zu dienen, im eigenen Lande Erwerb finden würden, insbesondere in Wolhynien und Podolien, wo die großen staatlichen Latifundien ein vorzügliches Ansiedelungsgelände wären.

Die Entscheidung über die Grenzen Polens dürfe nicht der Klugheit der Politiker und Statistiker auf dem Friedenskongreß überlassen werden, sondern die Polen müßten ihre Wünsche schon heute durch Erkämpfung der Grenzen, die ihnen unerläßlich erschiene, unterstützen. Nicht umsonst leisteten Deutschland und Österreich den Ruthenen in den Kämpfen um das reiche Ostgalizien, die sog. „österreichische Ukraine“, Weisstand. Auch die Polen müßten dieses wichtige Moment verstehen. Die Westgrenze sei als für die Polen günstig entschieden zu betrachten; ihre ganze Wehrmacht der drei Teilgebiete müsse zum entscheidenden Kampf um die polnische

Ostgrenze verwendet werden. Denn in der endgültigen Regelung dieser Grenze bestehe für die polnische Sache zugleich die größte Gefahr und der größte Triumph.

Die Schriftleitung des „Kurjer Poznanski“ macht zu diesen größtenwahnsinnigen Ausführungen zwar hinsichtlich der Ostgrenze einige bescheidene Vorbehalte, läßt aber im übrigen keinen Zweifel daran, daß sie in ihnen eine brauchbare Grundlage zu ersten Erörterungen sieht.

#### 4. Auslandspresse

Daß nicht der gesamte Verband von blinder Polenfreundlichkeit erfüllt ist, zeigt ein Aufsatz im „Manchester Guardian“ vom 18. Februar 1919. Darin heißt es über den Gegenstand „Deutsche und Polen“:

Wie viele, fragen wir uns, werden sich wohl gewahr, daß, wenn die Zeitungen von dem deutschen Angriff gegen die Polen sprechen, der wahre Sachverhalt der ist, daß die Polen einen großen Teil deutschen Gebiets überannt haben, und das Vorgehen der Deutschen nur ein Versuch ist, sie zurückzudrängen oder sie daran zu hindern, noch weiter vorzugehen. Die Provinz Posen, wo die Polen eingebrochen sind, ist seit über hundert Jahre deutsch oder preußisch gewesen, und wenn sie auch an vielen Stellen von Polen bewohnt ist, welche die Deutschen vergebens zu verdrängen bemüht waren, trifft dies doch nicht überall zu, und auf jeden Fall haben die Polen kein Recht, den Beschlüssen der Friedenskonferenz vorzugreifen und ein Gebiet zu überrennen, welches einen einheitlichen Teil des deutschen Staates bildet.

Zweifellos würde der größte Teil der Provinz Posen an das wiedererrichtete Polen kommen; den deutschen Widerstand gegen den polnischen Überfall jedoch als einen Angriff der Deutschen gegen die Polen hinzustellen, ist schnöde Heuchelei. Trotzdem befeizigen sich nahezu alle Zeitungen und Neuter in seinen amtlichen Telegrammen dieser heuchlerischen Sprache. Es mag wohl unbequem sein, die Polen aus dem von ihnen unrechtmäßig eroberten Gebiet wieder herauszubekommen, aber weshalb wird dies nicht zugestanden, anstatt vorzugeben, daß Deutsch-

land, das schon genügend Verbrechen auf dem Gewissen habe, sich nun eines neuen schuldig gemacht hätte, und darüber entsetzt die Hände zu ringen?

Vor ganz kurzer Zeit kam von der Friedenskonferenz die Warnung, daß dergleichen Versuche, Rechtsansprüche anzuhäufen, aufhören müßten, da solche Angriffe, statt der Sache des Klägers zu dienen, nur gegen ihn zeugen würden. Und dennoch wurde da als eine

der jüngsten Bedingungen des Waffenstillstands bestimmt, daß den Polen alles, was von ihnen besetzt wurde, zuerkannt werden soll. Wurde ihnen auch gesagt, wie die Deutschen berechtigterweise fragen, daß sie ihre Hand nun ebenfalls nicht mehr weiter ausstrecken dürfen, und wenn schon eine Linie festgesetzt wird, diese von beiden Seiten innegehalten werden muß?

## Kleine Nachrichten

**Danzig und Polen.** Von zuverlässiger Seite läßt sich die „Post“ aus Warschau melden, daß auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern in der polnischen Angelegenheit die folgende Entscheidung gefaßt wurde: „Bei der Errichtung eines unabhängigen Polens, das entsprechend den vierzehn Punkten Wilsons die Teile mit einer zweifellos polnischen Bevölkerung umfassen soll, muß die Grenzfestsetzung im deutschen Osten auf Grund einer Volksabstimmung in den national- und sprachgemischten Gebieten erfolgen. Die Sprachgrenze Deutschlands erfordert Vermeidung einer Abtrennung Ost- und Westpreußens und widerspricht der Zusprechung eines Landstreifens bis zur Ostsee an die Polen. Die Weichsel wird für Polen ein sicherer und freier Zugang zum Meere durch das deutsche Danzig unter Aufsicht des Völkerbundes werden.“ Auch auf der Pariser Konferenz hat man sich mit der Frage beschäftigt. Wie dem „Tag“ aus Basel telegraphiert wird, meldet darüber das italienische Blatt „Italia“: Die polnische Regierung verlangte auf der letzten Sitzung der Pariser Konferenz, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen für die Deutschen die Besetzung von Danzig enthalten sollten. Die alliierten Vertreter haben jedoch dieses polnische Ansinnen abgewiesen.

(Thorner „Presse“ v. 25. Febr.)

**General Duponts Mission.** Ueber den Aufenthalt des Generals Dupont in Polen entnehmen wir einer Mitteilung von maßgebender polnischer Seite folgende Einzelheiten:

„General Dupont wünschte sich zu überzeugen, ob die Polen bereit wären, den Kampf mit den Deutschen einzustellen und sich der Entscheidung des Marschalls Foch hinsichtlich der Bildung einer Demarkationslinie zu fügen. Es stellte sich als notwendig heraus, die an allen Kampfabschnitten bestehenden Verhältnisse genau zu prüfen und einen Überblick über die Gebiete zu ge-

winnen, die zu räumen und die andererseits zu besetzen seien. Auch der Gedanke, eine neutrale Zone auf beiden Seiten der Demarkationslinie zu schaffen, wurde erwogen. Die polnischen Zivil- und Militärbehörden brachten hinsichtlich der vom Marschall Foch diktierten Bedingungen Wünsche zum Ausdruck, die von den Interessen der polnischen Bevölkerung eingegeben waren. General Dupont versprach, diese Wünsche den maßgebenden Instanzen vorzulegen. Angesichts der Disziplinlosigkeit des Heimatschutzes seien alle Änderungen in der Kampflinie unvorteilhaft und zwar sowohl vom Standpunkte der militärischen Interessen als auch mit Rücksicht auf das Wohl der Bevölkerung. Außerdem schilderte das Kommissariat des Polnischen Obersten Volksrates dem General Dupont die beklagenswerte Lage der polnischen Bevölkerung außerhalb der Kampflinie in Schlesien, West- und Ostpreußen, wie im inneren Deutschland. Das Kommissariat richtete zu Händen des Generals Dupont die genau begründete Bitte an die Koalition, sich der polnischen Mitbürger anzunehmen und ihnen politische Freiheit, insbesondere aber freien Verkehr mit den gesamten übrigen Polen und den rechtmäßigen polnischen Behörden zu gewährleisten.“

(Post. N. Nachr. v. 26. Febr.)

Aus vielen Ortschaften Westpreußens laufen Nachrichten ein, daß die polnischen Kriegervereine unter Leitung von Offizieren und Unteroffizieren exerzieren und regelrechte Felddienstudien abhalten, also eine Tätigkeit entfalten, die weit über das Ziel der Volkswahren hinausgeht. Aus einem aufgefundenen Aufruf, der im Januar den leitenden polnischen Stellen Westpreußens zugesandt wurde, ist die Aufgabe dieser polnischen Kriegervereine klar ersichtlich, denn hier wird ausdrücklich zur Bildung einer polnischen Armee aufgefordert. Schon jetzt haben die Polen sämtliche öffentlichen Ämter auf dem Papier besetzt. Als Oberlandesgerichtspräsident ist der Rechtsanwalt Laszewski in Aussicht genommen, Post und

Bahn dem Leutnant Paszotta übertragen. Wie sicher die Polen ihrer Sache sind, beweist, daß der Oberbefehlshaber Pilsudski in Warschau bereits einen Oberbefehlshaber für Westpreußen bestimmt hat und auch den Rechtsanwalt Bawrowski beauftragt hat, das Militärgerichtswesen in Westpreußen zu organisieren. (Kreuzztg. v. 25. Febr.)

**Polnische Freigebigkeit mit Lebensmitteln.** Unter Hinweis auf die schwere Notlage ihres Landes haben sich die Polen bekanntlich von der Entente Lebensmittel erbettelt. Mit diesen betreiben sie nunmehr eine recht seltsame Verwendung. Sie suchen, wie uns aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, allenthalben an der Front die Moral unserer Grenzschutztruppen zu untergraben, indem sie sie mit Lebensmitteln bestechen und ihnen sogar den Schmuggel mit Lebensmitteln zum Zweck der Propaganda unter der Zivilbevölkerung diesseits der Demarkationslinie erleichtern. Dieser unter Vernachlässigung der eigenen Landeleute betriebene Mißbrauch ist für die unsoziale Gesinnung der Polen ebenso bezeichnend, wie für die Skrupellosigkeit, mit der sie auf deutschem Boden auf Bauernfängerei ausziehen.

**Zwangsweise Enteignung der deutschen Ansiedler in den polnischen Gebieten.** Einer uns zugegangenen zuverlässigen Privatnachricht zufolge hat die polnische Regierung einen bereits fertiggestellten Feldzugsplan, um deutsche Ansiedler im deutsch polnischen Gebiet nicht nur von ihrer Scholle zu vertreiben, sondern gleichzeitig auch völlig mittellos zu machen. Sie will den Standpunkt einnehmen, daß dem Ansiedler das Land von der Ansiedlungskommission zu einem unter dem realen Wert stehenden Preise überlassen worden sei, ferner daß die quotenweise auf Jahre verteilte Amortisationsrente bei etwaigem Uebergang des Landes in polnische Staatsobehörheit gleich fällig wäre. Der Ansiedler würde demnach die Differenz zwischen Ueberlassungswert und realem Wert schulden und müßte diese Schuld sofort begleichen. Einen Ausgleich würde die polnische Regierung dem Ansiedler lassen: Er kann verkaufen. Aber der Verkaufspreis den er erzielt, gehört wiederum dem Staat. Denn das etwaige Plus des Verkaufspreises über den seinerzeitigen Ueberlassungswert hinaus, stellt nach polnischer Auffassung einen dem Staat geschuldeten Differenzbetrag dar. Tat-

sächlich bleibt der Ansiedler also, wenn er verkauft, ohne Acker und Halm, ohne Geld und Gut.

Die Ansiedlungsgezetgebung war eine Auswirkung nicht lediglich unserer Ostmarkenpolitik, sondern ebensosehr der sozialen Richtung, die seit zwei Dezennien die preußische Agrarpolitik beeinflusste. Ähnlich wie das Rentengutgesetz für andere preußische Provinzen kam das Ansiedlungsgesetz im Osten dem wirtschaftlich Tüchtigen aber Schwachen, d. h. Unvermögenden zugute — auf Kosten nicht nur des polnischen, sondern auch des deutschen Großgrundbesizers. Alldeutscher Ueberlieferung gemäß, entgegen dem römischen Recht, das den Grund und Boden nicht von der beweglichen Sache unterscheidet, wurde hier dem kleinen Mann im Grundbesitz die „soziale Position“ geschaffen. Weil der Erwerber unermögelt war, wurde der Kaufpreis zum größeren Teil gestundet; damit der Staatskredit nicht mißbraucht würde, wurde nur der wirtschaftlich Tüchtige zugelassen, eine wahrhaft agrardemokratische Regelung, die Landarbeit durch Landeigentum lohnt.

Unsere weltpolitischen Gegner spielen die Rolle von Vorkämpfern für das „Selbstbestimmungsrecht“: Der Schwache soll vom Starken nicht verewaltigt, Recht nicht von Macht erdrückt werden. Der Gedanke ist schön, doch nur die Tat Kulturerrungenschaft. Die ostdeutschen Ansiedler sind wirtschaftlich schutzbedürftige Existenzen; sie wären es noch mehr im Rahmen eines polnischen Staatswesens. Mit Wahl und Erwerb des Bodens, mit Arbeit und Rentenzahlung haben sie „Selbstbestimmung“ geübt. — Wird die Entente dieses Recht der Selbstbestimmung schützen, das ausgeübt, damit erworben, verbrieft im heimatlichen Boden für die Ansiedler eingetragen ist?

\* \* \*

Wir erfahren hierzu, daß die Kommission für die Demarkationslinie sich kaum mit dieser Frage beschäftigen dürfte, da sie in großen Zügen nur die Frage der allgemeinen Verwaltung und der speziellen Verwaltungszweige bearbeiten wird. Sich des Rechts der deutschen Ansiedler anzunehmen, dürfte also die Pflicht der Waffenstillstandskommission und der späteren Friedensdelegation sein.

(D. Allg. Stg. v. 10. 3. 19)